

Dresdener Volkszeitung

Verleger: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Wohlfahrt und Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompartimentszeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 32

Dresden, Montag den 8. Februar 1926

37. Jahrg.

Ausfuhr und Löhne

In der rechtsstehenden bürgerlichen Presse ist es üblich, alles Unheil, unter dem wir heute in Deutschland leiden, auf den Dames-Vertrag zurückzuführen; kein Wunder, daß die Vertreter der Rechten mit Wohlbehagen einen Artikel des bekannten englischen Nationalökonomens Keynes abdrucken, der für ihre Zwecke sehr geeignet ist. In diesem Artikel beklagt er die Dames-Verträge mit der Durchführung des Dames-Abkommens. Er geht davon aus, daß die Bedingungen dieses Vertrages nur ausfuhrbar sind, wenn eine genügend große deutsche Ausfuhr und auf diese Weise ein deutscher Ausfuhrüberschuss erreicht wird. Das sei aber nur möglich, wenn Deutschland seine Waren genügend billig produzieren könne. Keynes führt u. a. aus:

Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß das Reparationsproblem, sobald man wirklich an einen Lösung mit Ernst herangeht — und das geschieht jetzt zum ersten Male — ein Lohnproblem für den deutschen Arbeiter werden muß. Die deutsche Arbeiterklasse hatte bereits die Höhe der Postkriegs-Reallohn erreicht. Wenn wir Deutschlands Kapitalverlust und den Verlust seiner Auslandsmärkte in Rechnung stellen, so scheint es mir unmöglich, daß dieser Zustand mit der Verbeizung eines Exportüberschusses zur Erfüllung der jährlichen Reparationsverpflichtungen vereinbar ist. Die ganze Tätigkeit des Transfer-Komitees wird sich also — und je länger die Zeit dauert, in einem um so schärferen Maße — darauf konzentrieren, den Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse herabzubringen. Die erste Phase des Dames-Planes hat Deutschland die ihm so notwendige Kompensate gegeben und ihm gestattet, seinen Kreditverlust durch Auslandskäufe zu stillen. Von dieser Entwicklung hat natürlich die deutsche Arbeiterklasse profitiert. Die gefährliche Arbeitslosigkeit, die wir jetzt erleben, ist meiner Meinung nach die erste Phase der zweiten Phase, nämlich des Verfalls. Preise und Löhne durch ein System der Kreditbeschränkung künstlich herabzusetzen. Ich kann mir vorstellen, daß diese Methode teilweise zu Erfolg hat, die Löhne herabzubringen, das Transfer-Komitee braucht aber nicht nur niedrige Löhne, sondern auch einen hart zu stellen. Insofern ist die Methode, die ich hier bespreche, eine rechtzeitige Abhilfe dieser doppelten Gefahr. Ich glaube, daß diese Methode mit der Zeit dazu beitragen wird, den Lohnstand durch direkte Maßnahmen anzugreifen.

Durch den Abdruck des Artikels sollen offenbar zwei Anliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Einmal die Unerträglichkeit des Dames-Planes „beweisen“ und gleichzeitig wird den Arbeitnehmerkreisen ein wertvoller Dienst geleistet, die gegenwärtige Krise dazu benutzen wollen, um die Löhne der deutschen Arbeiter abzubauen. Wenn die Herabsetzung der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters eine unummeidliche Folge des Dames-Abkommens ist, was hat es für einen Zweck, sich gegen Lohnherabsetzungen zu wehren, also, deutscher Arbeiter: sei zufrieden mit dem Lohn, den dir dein Unternehmer großzügig zubilligt, es geht nicht anders, das hohe Dames-Abkommen ist an allem schuld. Eine so bequeme Lehre für die Unternehmer!

Zweifellos ist es richtig, daß Deutschland billig produzieren muß, wenn es den Ausfuhrüberschuss erzielen soll. Es ist aber nicht die Unerträglichkeit des Dames-Planes, die es dazu zwingt. Die Frage ist nur, muß wirklich, wenn dies Ziel erreicht werden soll, die Lage der deutschen Arbeiter noch mehr verschlechtert werden? Zunächst müßte doch einmal nachgewiesen werden, daß dort, wo die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht genügend konkurrenzfähig ist, die Löhne der deutschen Arbeiter schuld sind. Aber in sehr vielen Industriezweigen, so z. B. in der Automobilindustrie, sind unsere gefährlichsten Konkurrenten die Vereinigten Staaten von Amerika, dort aber sind die Löhne nicht niedriger, sondern wesentlich höher als bei uns. Die Kaufkraft der amerikanischen Reallohn ist ungefähr dreimal so hoch wie die der deutschen Löhne, und wenn man die Reallohnverhältnisse vergleicht, die für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie maßgebend sind, so ist der Unterschied noch größer. Unter diesen Umständen kann kein vernünftiger Mensch behaupten, daß unsere Industrie durch die hohen Löhne konkurrenzunfähig gemacht wird. Wenn deutsche Industriearbeiter für den Weltmarkt zu teuer sind, so kann das nur an der technischen und organisatorischen Rückständigkeit unserer Industrie liegen. Manche Unternehmer haben das heute schon erkannt und werden endlich eingesehen und daraus die notwendigen Folgerungen gezogen, indem sie versuchen, durch technische und organisatorische Umstellungen ihre Industrien konkurrenzfähiger zu machen.

Es ist ein großes Verhängnis für den deutschen Arbeiter, daß alles, was die Herabsetzung der Löhne sehen, ihre Pläne zu verwirklichen, so wäre damit der deutschen Industrie wenig gedient. Die hohen Löhne sind ein Hindernis für den industriellen Fortschritt. Die hohe Stufe, die die amerikanische Industrie erreicht, verdankt sie zum großen Teil der Tatsache, daß sie immer unter dem Druck hoher Löhne stand und deshalb gezwungen war, mit menschlicher Arbeit zu sparen. Dazu kommt, daß eine billige Produktion in den meisten Industriezweigen nur bei Massenablos möglich ist. Durch die hohen Löhne wird aber ein solcher Massenablos vielfach erschwert, wenn im Inland der Markt zu sehr gesättigt ist. Werden die Löhne so herabgedrückt, wie das bei uns unternehmerischer Tätigkeit wünschenswert ist, so werden die Massen ihren Bedarf an Arbeitskräften einschränken,

dann fehlt für viele Industrien ein ausreichender Inlandmarkt, und der geringe Absatz im Inland macht es unmöglich, die Produktionskosten so herabzusetzen, wie das für eine große deutsche Ausfuhr Voraussetzung wäre. Das Transfer-Komitee wäre also sehr schlecht beraten, wenn es wirklich planmäßig versuchen wollte, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzusetzen. Das Ziel, durch einen deutschen Ausfuhrüberschuss die Bezahlung der Reparationskosten zu ermöglichen, würde auf diesem Wege nicht erreicht. Die deutsche Industrie, die, wenn sie sich auf dem Weltmarkt behaupten will, Qualitätswaren herstellen muß, kann nur leistungsfähig sein, wenn sie ihre Arbeiter anständig bezahlt. Wenn heute so viele Unternehmer für die Befreiung der Wirtschaftskrise kein anderes Rezept zu finden wissen als den Ruf nach Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, so ist das nur ein Beweis für ihre unbegrenzte hollswirtschaftliche Beschränktheit.

Der Schritt zum Völkerbund

Billigung der Ministerpräsidenten

Die Reichsregierung unterrichtete am Sonnabend die Ministerpräsidenten der Länder über die zu Beginn der kommenden Woche geplante Anmeldung für den Eintritt in den Völkerbund. In der Aussprache erhoben die Vertreter von Bayern, Mecklenburg-Schwerin und Thüringen Bedenken gegen den Eintritt im jetzigen Augenblick, weil sie die Auswirkungen als nicht ausreichend betrachtet und gewünscht hätten, daß die Regierung zunächst noch versuchen würde, weitere Erleichterungen für das besetzte Gebiet zu erlangen. Als Vertreter Württembergs war Innenminister Holz erschienen, der sich im Gegensatz zu den früheren Erklärungen des württembergischen Ministerpräsidenten und deutschen nationalen Abgeordneten Basche für den sofortigen Eintritt in den Völkerbund aussprach. Am Schluß der Sitzung, die 2½ Stunden dauerte, wurde folgende amtliche Mitteilung ausgedrückt, der von allen Ländervertretern zugestimmt wurde:

Auf Einladung der Reichsregierung traten heute vormittag die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz des Reichskanzlers mit den Mitgliedern des Reichsrats in einer Aussprache über die außenpolitische Lage zusammen. Im Anschluß an einen Vortrag des Reichskanzlers des Bundespräsidenten wurde an grundsätzliche Ausführungen des Reichskanzlers über die mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen erörtert, wobei seitens einzelner Länder Bedenken geltend gemacht wurden. Abschließend wurde die einmütige Auffassung dahin festgelegt, daß, falls die Reichsregierung den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschließt, seitens der Länder alles getan wird, was die Stellung Deutschlands im Völkerbund zu stärken geeignet ist.

Bedeutung der Wandlung

So haben die Deutschnationalen doch noch einmal einen Vorstoß gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unternommen — den letzten. Denn nun ist keiner mehr denkbar. Dieser Vorstoß kam selbstverständlich von den Reaktionsregierungen Bayerns, Mecklenburgs, Thüringens, wobei jedoch Württemberg und Brandenburg nicht mitmachte. Es war nichts weiter als eine Komödie, denn zu entscheiden und zu ändern war nichts mehr. Die Reichsregierung ist durch den Beschluß des Reichstages und durch die Locarno-Verträge und überhaupt durch ihre ganze auswärtige Politik gebunden, die Anmeldung zum Völkerbunde zu vollziehen. Die Locarno-Verträge werden erst wirksam durch Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Sie hätten keinen Sinn gehabt, wenn der zweite Schritt nicht folgte. Das hat auch der bayerische Ministerpräsident Holz gewußt, der sich neulich im Bayerischen Landtage wohl für die Verträge von Locarno, nicht aber für den Beitritt zum Völkerbund einsetzte. Komödie, nichts als Komödie.

Nun wollen die deutschnationalen Länderregierungen alles tun, „falls“ der Eintritt vollzogen würde, um Deutschlands Stellung zu stärken. Wie gnädig! Daß sie Landesherrn rat begehren würden, wenn sie anders handelten, wissen sie selber. Aber daß sie positiv etwas tun werden zur Stärkung des Völkerbundes, glaubt natürlich kein Mensch. Doch das ist keine löstende Sorge.

Wichtig ist jetzt, daß die Anmeldung sofort erfolgt. Sie ist der Schlüssel zur Entwicklung der gesamten weiteren deutschen Außenpolitik und der europäischen Verhältnisse. Die Folgen sind in jeder Beziehung bedeutungsvoll. Sie liegen in der Richtung des Fortschritts zur Verständigung, zur Befriedung, zum Aufbau.

Was jetzt endlich erreicht wurde, illustriert die bedeutungsvollen Wandlungen in der Auffassung der entscheidenden Faktoren im innerdeutschen Kampfe. Die Sozialdemokratie hat ungeheure Leistungen vollbringen müssen, ehe sie das Notwendige endlich durchsetzte. Und es sind alles nur immer erste Schritte, die zum Teil noch sehr weit erzwingen werden konnten. Ueberdies ist das Erreichte niemals gesichert, sondern muß täglich neu erkämpft, muß mit besserem Inhalt erfüllt werden, auf daß es sich tauglich erweise zur Lösung der großen europäischen Fragen. Die deutsche Arbeiterklasse bleibt auch ferner der Faktor, der zur Entscheidung berufen ist. Auf ihr lastet gesellschaftliche Verantwortung.

Mussolinis Drohungen

Er kündigt Repressalien gegen Deutschland an und droht mit dem Marsch über den Brenner

E. Rom, 7. Februar. (Fig. Draht.) Der Generalsekretär der faschistischen Partei Balleo am Sonnabend in der Sommer mit Bezug auf die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Deib über Subjektiven Dringlichkeitsantrag, zu dem Mussolini am Schluß der Sitzung persönlich Stellung nahm. Als er die Rede betrat, brachte ihm Kammer und Tribüne eine lange Ovation dar. Mussolini selbst bezeichnete seine Erklärung als „sehr wichtig“. Er ergriff das Wort, um Klarheit zu schaffen. Drei Jahre lang habe die faschistische Bewegung Deutschland gegenüber eine sehr gemäßigte Politik betrieben, aber „wie auf Befehl“ sei plötzlich nach Abschluß des Handelsvertrages und nach Locarno ein Feind gegen Italien ausgebrochen, der gleichzeitig nicht-wichtig und lächerlich sei; nicht-wichtig, weil er mit bewußten Lügen und Übertreibungen arbeite, lächerlich, weil man in Deutschland glaube annehmen zu können, daß sich das junge faschistische Italien mit solchen Mitteln einschleichen lasse. Wörtlich fuhr er fort: „Sie haben gelogen, als sie uns die Absicht unterstellten, das Denkmal Balfors von der Vogelweide von seinem Platz in Vosen entfernen zu wollen. Wir nehmen Rücksicht auf die Poésie, auch wenn sie mittelwichtig ist. Wir werden es also nicht antreiben, aber wir werden dafür auf einem anderen Platz in der gleichen Stadt aus öffentlichen Sammlungen ein Denkmal für Cesare Vattieri errichten, der während des Krieges als Landesverräter von den Österreichern erschossen wurde.“ — Mussolini bestritt dann, daß er sich anlässlich der Studenten demonstration vor der deutschen Botschaft offiziell einmischte habe, und bezeichnete das Verbot der Weisheitsbäume in Südtirol als „lächerliche und törichte Vertreibung“. Er fuhr fort: „Man hat von einem Postamt der italienischen Waren und einem Postamt der deutschen Reisenden nach Italien gesprochen. Was kümmert uns das? Wir werden gutfehl bleiben, auch wenn man diese Gattenschwärze mikroskopieren sollte. Aber wenn dieser angebliche Postamt praktisch würde und eine hilfswirksame Forderung der deutschen Regierung erlöste, dann könnten wir sehr ruhig mit Postamt im Quadrat antworten; auf Repressalien mit Herberichs dreifacher Art!“ (Langanhaltender Beifall.)

Auf die Rede Balleos übergehend, erklärte Mussolini, die italienischen Maßnahmen in Südtirol seien nichts im Vergleich zu den Maßnahmen, die andre Staaten gegen die deutschen Minoritäten ergreifen können, wie z. B. die Tschechoslowakei. In dem Programm für die Italienisierung Südtirols werde sich nichts ändern. Von der bisherigen italienischen Politik gegenüber Südtirol werde er keinen Schritt abweisen. Methodisch und hartnäckig sollen mit letzter Bestimmtheit auch in Zukunft alle alten und neuen Gesetze zur Anwendung kommen: „Wir werden jene Gegenstände italienisch machen, denn sie sind italienisch, geschichtlich und historisch italienisch.“

Am Schluß erklärte der italienische Ministerpräsident mit erhabener Stimme: „Neulich erhielt ich eine faschistische Zeitung, die die faschistische Heberische trug: „Niemand wird Italien seine auf dem Brenner aufgeschaltete Fahne streichen.“ Ich habe dem Obersten das Wort zurückgeschickt, nachdem ich über darüber geschrieben hatte: „Italien wird nicht nur niemals seine Fahne auf dem Brenner streichen, es wird vielmehr, wenn nötig, diese Fahne auch über den Brenner tragen.“ — Die letzten Sätze der Rede lauteten: „Meine Rede bedeutet eine

politische und diplomatische Stellungnahme. Ich hoffe, daß sie an richtiger Stelle richtig verstanden wird, damit die italienische Regierung nicht zu konkreten Antworten gezwungen ist, die sie geben würde, wenn die deutsche Regierung eine direkte Verantwortung für Geschehenes oder was noch in Deutschland geschehen könnte, übernehmen würde.“

Mussolini geht den Weg aller Diktatoren, er wird immer anmaßender, je verblebener er wird. Bald droht er: „Ich kommendiere drei Millionen Männer, die mir auf meinen Befehlswort warten“, bald schraubt er Frankreich an, bald roht er über Südtirol. Nun will er Deutschland dreifach züchtigen, wenn die deutschen Reichenden ihr Geld nicht mehr nach Mussolinien bringen. Und wenn deutsche Weisheiten über seine schmachtvolle Unterdrückungspolitik in Tirol laut werden, so spielt er mit dem Vornarsch über den Brenner. Was folgt nun? Folgt überhaupt etwas, oder ist es nur Wortschwall?

Für das italienische Volk stellt der Faschismus unter dem wahrhaftigen Diktator eine Belastung allerhöchster Art dar. Sie kann tragisch werden, wenn Mussolinis Spiel ins Grenzenlose wachsen darf. Man muß wünschen, daß die Herforderungen des geschwollenen Diktators nicht so ernst genommen werden, um etwa unmittelbare Schritte der Wächter auszulösen. Nur allein die Taten der italienischen Politik muß man genau verfolgen, auf daß die Gefahr der Montafische gedämpft werden kann. Je öfter es der Praxer mit aufreizenden Worten treibt, um so mehr kommt wohl allerorts die Erkenntnis der Gefahr solcher Annahmen. Es wird unabweisbar sein, im Völkerbunde des Jahres Mussolinis zur Sprache zu bringen und die Folgen für Europa zu bedenken. Inwiefern wird wohl Mussolini noch weiteren Stoff dazu liefern...

14.50
19.50
24.-
29.-
42.-
48.-
68.-
980
18.-
38.-
16.50
24.-
27.-
34.-
10.50
18.-
20.-
22.-
32.-
35.-
42.-
38.-
42.-
4.50
6.50
4.75
10.50
9, 1

Ludendorff der Putzschiff

Aus einem geheimen Briefwechsel

Der „Nationalverband Deutscher Offiziere“ hat unter der Bezeichnung „Vertraulich“ und „Nur für Offiziere“ unter dem Titel „General Ludendorff und wir“ eine 62 Seiten starke Broschüre herausgegeben, die eine atemberaubende Darstellung des Konflikts zwischen Ludendorff und von Scharf und später zwischen Ludendorff und Napprecht von Wittelsbach im Anschluß an die Vorgänge vom 9. November 1923 gibt. Diese geheime Schrift enthält einen außerordentlich interessanten Briefwechsel zwischen Ludendorff und dem Admiral von Schröder, dem Vertreter des Nationalverbandes. Der Sozialdemokratische Pressedienst ist in der Lage, aus diesem vertraulichen Briefwechsel wichtige Stellen zu veröffentlichen. Sie belächeln groll die Rolle Ludendorffs und den Kampf, der sich hinter den Kulissen der Offiziersverbände um ihn entwickelt hat.

Ende November 1924 macht Admiral von Schröder den Versuch, Ludendorff zu Verständigungsverhandlungen zu bewegen. Ludendorff lehnt den Versuch scharf ab. Er antwortet unter dem 27. November 1924:

„Ich kann es nicht verschweigen, daß das Verhalten des RVO in meiner Angelegenheit nun endgültig alle Bande zerissen hat, die sich zwischen ihm und mir wieder zu knüpfen begannen. Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“

Auf dieses Schreiben, das im Tone stark an Wilhelm II. erinnert, antwortet nun Admiral von Schröder in einem nicht weniger als sieben Druckseiten der Broschüre umfassenden Briefe. Er hält Ludendorff vor, wie sehr doch bei früheren Gelegenheiten der RVO für Ludendorff eingetreten sei, und dabei entschlüpft ihm ein reizendes Geständnis:

„Erinnern Sie sich nicht mehr der jubelnden Begrüßung des RVO in der Wilhelmstraße, als Sie aus Schweden zurückgekehrt waren? Wissen Sie nicht mehr, daß der gesamte Hauptverband des RVO... im März 1920 sich... sofort zur Verfügung stellte und bis zur Beendigung des Unternehmens getreu auf seinem Posten ausharrte?“

Die Worte, die im Originalbrief vor und hinter „im März 1920“ standen, sind in der Broschüre ausparaphrasiert. Der Grund ist klar: Die vollständige Briefstelle würde den klaren Beweis dafür erbringen, den übrigens auch das Fragment erkennen läßt, daß Ludendorff, der harmlose Spaziergänger vom Brandenburger Tor, tatsächlich im März 1920 die Seele und der Leiter des RVO war. Ludendorff hat sich dem Leiter des RVO, dem hochherrlichen Unternehmern Ludendorff, der dem RVO die Führung gestiftet hat.

Es folgen in dem Brief heftige Angriffe auf die Umgebung Ludendorffs, die „unböllisch“ und „undeutsch“ nicht auf den Boden der Ideale des Offiziersbundes“ stehen. Ludendorff weist die Angriffe auf seine Umgebung scharf zurück und bleibt dabei:

„Ich bitte Sie, Herr, verzeihen Sie mir, daß ich nicht von Schmeichlern und Schmeichlern umgeben bin, sondern daß ich nur wenige aufrichtige Männer sehe, die allerdings in meiner Weltanschauung stehen, aber gerade deshalb offen und frei mit mir sprechen. Aber meine Ehre ist meine Angelegenheit, in der ich auch von diesen Männern jeden Rat ablehne, obwohl sie dazu ein Recht in ihrer Treue hätten, die sich auch in den schweren Tagen des 9. November 1923 bewährt hat, indem ich doch nur durch einen göttlichen Willen am Leben geblieben bin und swanzig Männer durch Verrat und Parteigenossen des RVO ermordet wurden.“

Dieser Satz bezieht sich natürlich auf den bekannten Zusammenstoß am Obersonnplatz in München, bei dem die Reichswehr auf Ludendorffs Anhänger schoß.

Ludendorff führt fort: „Der Vorbruch März steht fest, ebenso steht fest, daß in dem Vorbruch die Offiziere hier, einschließlich des RVO, keine ehrenwürdige Tat sahen. Wir ist nicht bekannt, ob der RVO, dagegen eingegangen ist, aber selbstverständlich handelte es sich ja

damals um ein Handeln gegen mich, das war geheilig. Der Vorbruch wurde nicht geschadet, nicht die Tat, die, das mir wenigstens nicht das Wort aufgelündigt wurde. Auf mich ist am 9. November wegen der Vorwurfs geschossen worden, ich habe mich mit Recht monardisch zu nennen, aber nie werde ich zugeben, daß ich in Punkten der Ehre mit zwei oder drei Waf gemessen werde. Darin scheiden sich unsere Weltanschauungen.“

In der heiligsten Weise wendet sich Admiral v. Schröder gegen Ludendorffs Erbfeind. Er kommt noch einmal auf seine Umgebung zu sprechen und gebraucht folgenden frappierenden Vergleich:

„Erinnern Sie sich nicht, daß auch Sie Seiner Majestät dem Kaiser und König den Vorwurf gemacht haben, daß er stets von seiner Umgebung nur einseitig orientiert wurde... Sie glauben stets andere nach Verleihen verdächtigen und beschimpfen zu dürfen, und wenn Ihnen dann entgegengetreten wird, dann lächeln Sie sich nicht verbunden und glauben eine andere Weltanschauung herausstellen zu müssen.“

Natürlich will Admiral v. Schröder für seinen „Nationalverband der Offiziere“ genau dasselbe wie Ludendorff. Auch er will so bald als möglich die Republik stürzen.

„Wir verfolgen doch alle nur das eine und gemeinsame Ziel, unser Vaterland von der Schmach und den Ketten zu befreien, die heute auf uns lasten. Wir haben einen doppelten Gegner und gegenüber einen inneren und einen äußeren. Der innere setzt sich zusammen aus den internationalen Kräften des jüdischen Marxismus und aus den römischen Ultramontanen. Wenn wir mit diesen beiden Gegnern fertig werden wollen, müssen wir sie nacheinander bekämpfen, und zwar mit Kräften und Material, die uns die Gewähr bieten, daß dieser schwierige doppelte Kampf auf einem stetigen Ende, zur Durchsetzung unserer Weltanschauung führen wird.“

Auf die Volkstimmung glaubt Admiral v. Schröder einzuwirken nicht rechnen zu können:

„Wir müssen deshalb versuchen, mit den wenigen und entschlossenen völkisch-nationalen Kreisen, ohne das ganze deutsche Volk hinter uns zu haben, mit dem inneren und äußeren Feind abzurechnen zu können. Wir glauben nicht, daß wir die überall in feilen Stellungen lebenden Feinde... in schnellem Zusammenstoß überrennen können. Wir sind daher der Ansicht, daß wir — wie im Kriege — gegen eine beständige Stellung planmäßig zu verfahren haben. Dieses planmäßige Verfahren glauben wir nur dadurch erreichen zu können, daß wir zunächst einmal mit unsern Ideen im Parlament festen Fuß fassen. Nachdem wir diese erste Stellung genommen und in ihr uns eingerichtet haben, wird das Durchdringen der Hauptposition unserer Feinde von neuem und vielleicht mit andern Mitteln eingeleitet und wieder planmäßig durchzuführen sein. Selbstverständlich muß jede Gelegenheit benutzt werden, um durch Abführung des Verfahrens schneller zum Ziele zu gelangen.“

Deutlicher kann man nicht werden. Ludendorff und der ehrenwerte Admiral v. Schröder sind sich in der Tat im Ziele ganz einig. Nur denkt der Herr Admiral wie die Nürnberg, die bekanntlich keinen hängen wollten, solange sie ihn nicht hatten. Trotzdem weist er entrüstet den Vorwurf zurück, daß der Offiziersverband für den „kommenden Tag“ nicht genügend rüste. In dem Mundschreiben Nr. 38 des RVO (abgedruckt auf Seite 34) heißt es: „Das ist dem „Nationalverband der Offiziere“ Ludendorffs auszuwachen, heißt es nämlich unter Punkt 4:

„Weiter wird dem RVO, vorzuziehen, er habe sich auf politische Schulung seiner Mitglieder beschränkt und... Wir wissen, daß solchen Vorwurf leicht begegnet werden kann, wo die Ortsgruppen ihre Pflicht tun. Wir sind uns sogar bemüht, auf diesem Gebiete vorbildlich gewirkt zu haben.“

Die Worte hinter „und“ sind wieder in der Druckschrift durch Punktierung ersetzt. Der Zusammenhang läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich um den Vorwurf handelt, der RVO treibe nicht genügend aktive völkisch-nationale Tätigkeit. Er erklärt sich für „vorbildlich auf diesem Gebiete“. Das sagt genug!

Unterzahlungen in der Komintern

Aus Moskau wird gemeldet, daß auf Verlangen des Exekutivkomitees der Komintern (Kommunistische Internationale) eine Prüfung des Kassenbestandes vorgenommen wurde, wobei ein Fehlbetrag von 600 000 Rubel festgestellt worden ist. In der Unterzahlung sind Angehörige von Sinowjew beteiligt, die in der Abteilung für den fernem Osten tätig waren.

In der Verwandtschaft des Herrn Sinowjew scheint die Skepsis ganz besonders zu grassieren. So wurde kürzlich bei einer Revision zweier von Sinowjew veranlaßter Verträge in der Petersburger Gouvernment eine ganze Reihe von Mängeln festgestellt. Eine Untersuchung mußte eingeleitet werden, damit die Schulden kriminell belangt werden können. Der festgestellte Schaden beträgt etwa 800 000 Rubel.

Trügerische Amnestie

In Sebastopol, wie überhaupt auf der ganzen Krim, werden gegenwärtig wieder eine Menge Verhaftungen und Hinrichtungen an höheren Militärs der Wrangel-Armee vorgenommen. Es handelt sich hauptsächlich um Leute, die geküßt auf die ihnen gewährte Amnestie, im Juli und August vorigen Jahres aus Bulgarien und Serbien nach Rußland heimkehrten. Allein im Militärgefängnis von Sebastopol befinden sich gegenwärtig mehr als 400 politische Häftlinge; die eine Hälfte fehlt ihrer Zurückleitung entgegen und die andere soll nach Sibirien abtransportiert werden. So macht die Sowjetregierung ihre — „Amnestien“.

Kleine politische Nachrichten

Übermals Verurteilungen wegen Sprengstoffvergehen
Z. Leipzig, 6. Februar. (Sig. Draht.) Wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Sprengstoffvergehen und Diebstahls hatten sich in zweitägiger Verhandlung vier Kommunisten aus Halle und Umgebung vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten. Sie hatten im Jahre 1924 aus russischen Sprengstoff geflossen und sie für Zwecke der kommunistischen Partei verwendet. Es wurden verurteilt Grimm zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis, Wachsen erhielt 3 Jahre Gefängnis, Koescher 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Parthoff 10 Monate Gefängnis. Den Verurteilten werden 3 bis 12 Monate der Unterzahlungsfrist angedroht.

Se en das politische Romdium

Der Berliner Volkszeitung Genosse Gressing wendet sich an den Leser in letzter Zeit äußerst zahlreicher Zusammenstöße zwischen Anhängern verschiedener politischer Richtungen in einem Aufsatz an die Bevölkerung, in dem angekündigt wird, daß die Polizei neuerdings angewiesen ist, gegen dieses politische Romdium rücksichtslos vorzugehen. Unter feiner Umkleide werde gebildet, daß politische Meinungsverschiedenheiten auf der Straße mit Hieb- und Schwuraffen ausgetragen werden. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Beteiligung

an einer Versammlung nur unbewaffnet gestattet ist und ein Waffenschein nicht zum Waffentragen in einer Versammlung berechtigt.

Parteiangelegenheiten

15 Jahre Karod. Das Zentralorgan der bulgarischen Sozialdemokratischen Partei (Wolff) bildet dieser Tage auf 15 Jahre seines Bestehens zurück. In einem Leitartikel, dem das Wort August Webers: „Es lebe die Sozialdemokratie — das muß der Ruf sein, mit dem wir neuen Kämpfen entgegengehen“ als Motto vorangestellt ist, erinnert das ausgezeichnete Blatt daran, daß es von Anfang an für die einzige gerechte und gesunde Lösung der mazedonischen Frage, die Autonomie des Landes, eingetreten sei, daß es 1912 die Lösung: Krieg dem Kriegel gegen die Bande Radoslawows“ gewandt habe, deren Politik Bulgarien in die ökonomische und politische Abhängigkeit von Deutschland drückte und in den Weltkrieg und die Katastrophe hineintrug. Ebenso stehen auf der Ehrenliste des Karod der erbitterte Widerstand gegen die bäuerliche Klassenherrschaft Stamboffs wie der unermüdete Kampf gegen die Regierung Janow, „das gewalttätige, tyrannische und brutale Regime, das Bulgarien je gehabt hat“. Mit besserer Zuversicht und ungebrochener Kampfkraft tritt Karod in sein 16. Jahr. In der Glückwunschgedichte den aufstehenden Streiter für die Sache des Sozialismus.

Antische Berliner Produkten-Notierungen

am 6. Februar
Weizen, märk. 245—260 (244—249), Roggen, märk. 145—152 (145—152), Gerste, Sommer 170—198 (170—198), Berlin, Winter 145—160 (142—160), Hafer, märk. 166—167 (166—167), Weizenmehl 32,50—33,75 (32,50—33,75), Roggenmehl 22,25—24,25 (22,25—24,25), Siftmehl 26,00—35,00 (26,00—35,00), Die Siftmehl in Klammern bedeutenden Vortag.

Wassersstände der Moldau, Eger und Elbe

Wasserstand	Messort	6.2.	7.2.	Messort	6.2.	7.2.
Moldau	Kamitz	+ 80	+ 73	Brandels	festl	+ 138
Moldau	Moldan	+ 150	+ 80	Reinitz		+ 124
Eger	Loun	+ 54	+ 50	Reitmeritz		+ 116
Elbe	Rimburs	+ 79	+ 70	Kuffin		+ 150
				Dees		+ 26

Sportwetterbericht vom 8. Februar, vormittags

Mitgeteilt vom Redaktionsbureau
Hambelhaube: Bewölkt, windstill, Barometer fest, — 10 Grad, 50 cm Schnee. St. und Schützen gut — Reus schlesische Haude: Klar, Ost, Barometer fest, — 6 Grad, 10 bis 20 cm Schnee, St. und Schützen gut. — Brinck: Klar, Ost, Haude: Bewölkt, windstill, Barometer fest, — 10 Grad, 68 cm Schnee, St. und Schützen gut. — Schlingelhaube: Bewölkt, windstill, Barometer fest, — 10 Grad, 50 cm Schnee, St. und Schützen gut. — Wiesenhaube: Bewölkt, windstill, Barometer fest, — 10 Grad, 70 cm Schnee, St. und Schützen gut.

Die tschechische Sprache gebrauchen, was deshalb oft recht schwer fällt, weil die Mehrheit der Deutschen in der Tschechoslowakei der Staatsprache nicht mächtig ist. Neu aber ist, daß jede Gemeinde mit mehr als 100 Einwohnern, auch wenn sie nur aus Deutschen besteht, Beamte haben muß, die der Staatsprache in Wort und Schrift mächtig sind, das auch die kleinste Gemeinde, also auch jedes deutsche Gebirgsdörfchen, tschechische Urkunden (z. B. Grundbesitzurkunden, Grenzverkehrsbescheinigungen) oder mindestens zweisprachige Urkunden ausgeben muß, und daß jede kleine Gemeinde, in der es auch nur einen tschechischen Gemeindevorsteher gibt, Eingaben in tschechischer Sprache auch tschechisch an erledigen hat. Das bedeutet, daß den armen Gemeinden, denen der Staat die Steuerrechte so arg beschneiden hat, schwere Mehrausgaben für sprachkundige Beamte aufgebürdet werden, und daß in sehr vielen Fällen deutsche Gemeinden werden tschechen als Beamte anstellen müssen, weil es nicht genug sprachkundige Deutsche gibt. Für den tschechischen Beamten, der etwa angestellt werden muß, gibt es ja keine Beschränkung, daß er auch die deutsche Sprache wirklich beherrschen muß.

Geradezu draconisch sind die Bestimmungen über die Sprachkenntnisse der Staatsangestellten. Richter, Beamte usw., die nicht der Staatsprache angehören, müssen innerhalb sechs Monaten den Nachweis erbringen, daß sie die Staatsprache völlig beherrschen. Wieder werden also Prüfungskommissionen in Tätigkeit treten. Wer nicht allen sprachlichen Anforderungen genügt, kann pensioniert werden, zumindest aber verliert er das Vorrückungsrecht. Wer da weiß, wie schwer die tschechische Sprache erlernbar ist und wie mühsam bei den Prüfungen vorgegangen wird, kann sich vorstellen, wie ungesund groß die Zahl der deutschen Staatsangestellten ist, denen die Sprachverordnung die Laufbahn für immer beendet.

Die Sprachverordnung dient also wieder der tschechisierung mit gesetzlichen Mitteln. Wieder werden Tausende von deutschen Staatsangestellten aufs Pfahler stehen, um tschechischen Platz zu machen. Ein Heer von tschechischen Beamten wird in die deutschen Gemeinden entsandt. Für ihre Kinder werden Minderheitschulen gebaut, und sind der Kinder noch so wenig. Die Wohngebiete der Deutschen werden immer mehr mit tschechen durchsetzt werden, und so wird nicht nur tschechische tschechen Karrieremöglichkeit auf Kosten der Deutschen geschaffen, so soll auch die Autonomieforderung der Deutschen zu einer „unmöglich zu erfüllenden“ gemacht werden, weil es bald — kein deutsches Gebiet mehr geben wird. Schon im jüngere Bild der deutschen Ortschaften soll den Eindruck wecken, als wohnten dort neben den tschechen auch noch ein paar Deutsche. Denn um den Rechtspruch des Verwaltungsgerichts wegzumachen, bestimmt die Sprachverordnung, daß in allen Fällen, in denen es das öffentliche Interesse erfordert, die Behörden den Gebrauch der Staatsprache verwenden können. Es ist wohl selbstverständlich, daß dieses öffentliche Interesse“ es verlangen wird, selbst in jenen Dörfern, die nie eines tschechen Fuß betritt, tschechische Geklebenschriften anzubringen. Dazu bestimmt die Verordnung auch, daß jede Gemeinde verpflichtet ist, alle Beschilderungen von Straßen und Wegen an erster Stelle in der Staatsprache vorzunehmen.

Die Sprachverordnung krönt das Werk der tschechisierung. Die Deutschen werden zu einem Belostenk herabgedrückt. Sie dürfen Steuern zahlen, sie dürfen Militärdienst leisten, sie dürfen die Pflichten des Staatsbürgers genau so erfüllen wie der tscheche, aber wenn es sich um Rechte handelt, sind sie auf die paar Broden angewiesen. Sie dürfen Opfer auf Opfer bringen, wenn auch sehr unfreiwillig, für den Aufbau des Staates, und wissen dabei, daß jede Stärkung der Staatsmacht ihrer Schwächung und Jurisdiktion dient, daß sie die Fortsetzung jener Politik erleichtert, die darauf hofft, einmal aus den ehemals deutschen Gebieten fast rein tschechische zu machen.

Ueberrüssig zu sagen, daß die Sprachverordnung die nationalen Gegenstände verschärft, daß sie die Stelle der von den deutschen Arbeitern ersehnten Verbesserung die Steigerung des Lohnes sehen wird. Das tschechentum fühlt sich heute schon so stark, daß es diesen Satz nicht mehr zu fürchten müssen glaubt. Schließlich gibt es auch noch Pajonette.

Die tschechischen sozialdemokratischen Minister Bohme und Dr. Winter haben die Sprachverordnung nicht mit unterzeichnet. Gemutte Erkenntnis des hier verübten Unrechts ihre Hand oder — waren ihre Unterschriften nicht nötig, weil ihre Ressorts — Eisenbahn und soziale Fürsorge — von der Sprachverordnung nicht betroffen werden?

Wissenschaften im Konservatorium. Landhausstraße 11, 2. Stock. Anmeldungen im Konservatorium, Landhausstraße 11, 2. Stock, bis 15 Uhr, im Konservatorium, Landhausstraße 11, 2., einen Monat vor Fortbildungsurkurs.

Museumsverträge. Der am 31. Januar ausgefallene Vortrag des Assistenten am Historischen Museum Dr. Russoph soll Sonntag den 14. Februar (11) im Hofaal des Albertinums stattfinden. Thema: Der Dresdner Karhall in Kunst und Geschichte. Kartenausgabe — unentgeltlich — täglich zwischen 10 und 3 Uhr in der Kasse des Albertinums.

Kalender des Tages von Friedrich Ebert am 28. Februar in der Verlage der Reichsdruckerei ein Bildnis des verstorbenen ersten Reichspräsidenten erschienen. Das 7X31 Zentimeter große Blatt zeigt den mächtigen Kopf Eberts in einem fein gezeichneten Original-Kupferstich des Berliner Graphikers G. G. G. und wird in seiner Lebenswahnen, künstlerisch hellen und Biedergrube eine willkommene Gabe für die zahlreichen Freunde des ersten sozialistischen Reichspräsidenten zu dem Preis von 2,50 M. zu beziehen. Ferner ist eine Verlagsausgabe mit Chinapapierausgabe zum Preis von 3 M. erschienen.

Die russische Akademie plant in mehreren ausländischen Ländern die Errichtung von russischen wirtschaftlichen Instituten und die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Instituten der betreffenden Länder. Ebenso sollen ausländische Staaten zur Errichtung ähnlicher Institute in Sowjetrußland aufgefordert werden. Die Errichtung der russischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. G. G. G. unternimmt zur Zeit im Auftrag der Akademie eine Reise nach Deutschland, England, Frankreich und in die Schweiz und der Propaganda für einen regen Austausch wissenschaftlicher Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Westeuropa.

Genosse David Henschel Ehrenbürger. Die staatsrechtliche Fakultät der Universität München hat den Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. David Henschel seinen Doktorgrad ehrenhaft erweitert. Dr. David Henschel ist ein hervorragender Volkswirtschaftler ehrenhafter.

Dresdner Chronik

Wieviel Kinder haben Sie?

ku. Die Wohnungsnot gehört wohl unumwiderrproben zu den traurigsten Sorgen unserer großen Zeit. Daß die Wohnungssuche aber auch schon vor dem dritte manchen Leid vorkommt, daran wurde ich erinnert, als ich unlängst vom Zufall vor das Haus geführt wurde, das ich vor fast zwanzig Jahren, eben auf der Wohnungssuche, das erste mal betrat, und in dem ich dann auch Jahre der Kinderzeit verlebte. Unter welchen Umständen meine Eltern aber die Portierwohnung des erst erbauten Hauses mieteten, das eben war charakteristisch für jene Zeit.

Meine Eltern hatten die ihnen sehr zuvorkommenden Räume besichtigt. Nun galt es, mit dem Wirt einzig zu werden. Er wohnte in einer prächtigen Straße in einem, nach meinen kindlichen Aufzeichnungen, noch prächtigeren Hause.

„Also, Sie wollen die Wohnung mieten?“ — „Ja“, gab mein Vater einfach zur Antwort.

Der sehr elegant gekleidete Hausbesitzer mußte unversehens erst meinen Vater, dann meine Mutter und endlich auch mich.

„Wieviel Kinder haben Sie?“ — „Zwei“, erwiderte ruhig und bestimmt mein Vater. Der Wirt nickte zufrieden. „Na, das geht noch an.“

Ein Blick auf meine Mutter ließ diese leicht erröten. Sie dachte, daß er erwoag, ob noch Kinder zu erwarten seien. „Gut, Sie können die Wohnung bekommen.“

Wir waren froh. Der Vertrag wurde vorgelegt und unterschrieben. Dann konnten wir gehen.

Wir müssen, wenn wir einziehen, vier Wädel auf eine Zeit anderswo unterbringen, denn es ist wahrscheinlich, daß der Wirt sich vergewissert.

Zo jung und unerfahren ich mit meinen neun Jahren noch war, so sehr erkannte ich doch schon die Notwendigkeit, dem Wirt die Erlaubnis vier meiner Geschwister zu verleihe. Ich hatte darum auch nicht mit der Wimper gequält, als ich meinen Vater so dreist und gotteslästerlich seine Kinder verleihe hörte.

Wie es bebrochen war, so wurde es nun auch durchgeführt. Mit nur zwei Kindern belastet zogen meine Eltern in das neue Haus. Der Wirt kam, überzeugte sich und war zufrieden.

Nach etwa 14 Tagen trippelten aber doch statt der vier Kinder zwölf die Haustür herein und heraus. Die Hausmännchen waren verständigt worden und blieben zurück. Der Administrator kassierte nur pünktlich seine Mieten, kümmerte sich nicht um die Zahl der Kinder. Und der Wirt kam nur noch den Quartal. In dieser Zeit aber stand meine Mutter auf der Lauer.

„Hort, der Hauswirt kommt!“

Mit diesem Warnungsruf schenkte sie die verlegenen vier Kinder, waren sie gerade vollständig zu Hause, über alle Berge oder besser in alle Straßen. Eine Schwester und ich aber, wir zwei beständigen Kinder, standen zur Schau.

Ja, auch das waren Wohnungsorgen. So wenig sie der Komik entbehren, so bitter konnten sie auch sein. Und sie werden wieder Sorgen sein, wenn erst wieder die Kinder, die unter den Hauswirten besonders streng auf dem „freien“ Wohnungsmarkt herrschen werden.

Wie ein „christliches“ Volkbad aussieht

In der unter dieser Ueberschrift am 18. Januar in unserer Blatte erschienenen Notiz schied uns das Schulamt mit unter Berufung auf § 11 des Preussischen folgende vom Stadtrat Dr. Kottke unterzeichnete Verfügung:

„Es handelt sich nicht um kleine Mädchen, sondern um Säuglinge des vorletzten Jahres. Diese Mädchen, die, wie in dem Artikel gesagt ist, bei ihrer einer freieren und unbeschränkteren Lebensauffassung huldgebenden Klassenlehrerin an naches Baden gewöhnt sind, haben nie eine Klassenlehrerin gehabt. Die in Frage kommende Klassenlehrerin hat es den Mädchen, nach eine Mutter den Wunsch ausgedrückt, ihre Tochter solle ohne Badeanzug baden, freigeschallt, ob sie mit oder ohne Badeanzug baden. Es besteht sich nicht, daß diese Klassenlehrerin gesagt haben soll: „Ich kann nun mal nackte Kinder nicht ersehen.“

Die Verfügung legt darauf scharf, daß sich das Schulamt die Untersuchung solcher gemachte hat, als es die Angelegenheit betrifft. Wir haben in jener Notiz von einem „Wunsch“ der betreffenden Lehrerin gesprochen, und wir stellen noch einmal ausdrücklich fest, daß die Klassenlehrerin an der Volkshaus-Schule — um diese handelt es sich — den Wunsch ausgedrückt hat, die Mädchen möchten zum Schulbad (das der Reinigung des Körpers dienen soll) im Badeanzug kommen. Sie hat diesen Wunsch auch wiederholt geäußert in einer Form, die deutlich erkennen ließ, daß es ihr lieber ist, wenn die Kinder im Badeanzug ersehen. Auch das Schulamt wird aufgefordert, daß es doch noch etwas anderes ist als ein „Wunsch“. Galtlich wird der „Wunsch“ als Verbot. Verschiedene Mütter wollen deshalb ihre Mädchen an diesem Schulbad nicht mehr teilnehmen lassen, weil sie es mit Recht für sinnlos halten, zu einem Badeanzug den Badeanzug anzuziehen. Eine andere Mutter hat, veranlaßt durch diesen „Wunsch“, ihrem Mädchen eine besondere, innerlich erdachte Badeschürze gekauft, die den nackten Kinderkörper vor den Augen dieser Lehrerin verbirgt und es dem Stube doch ermöglicht, sich unter dieser Schürze ein Körper zu waschen.

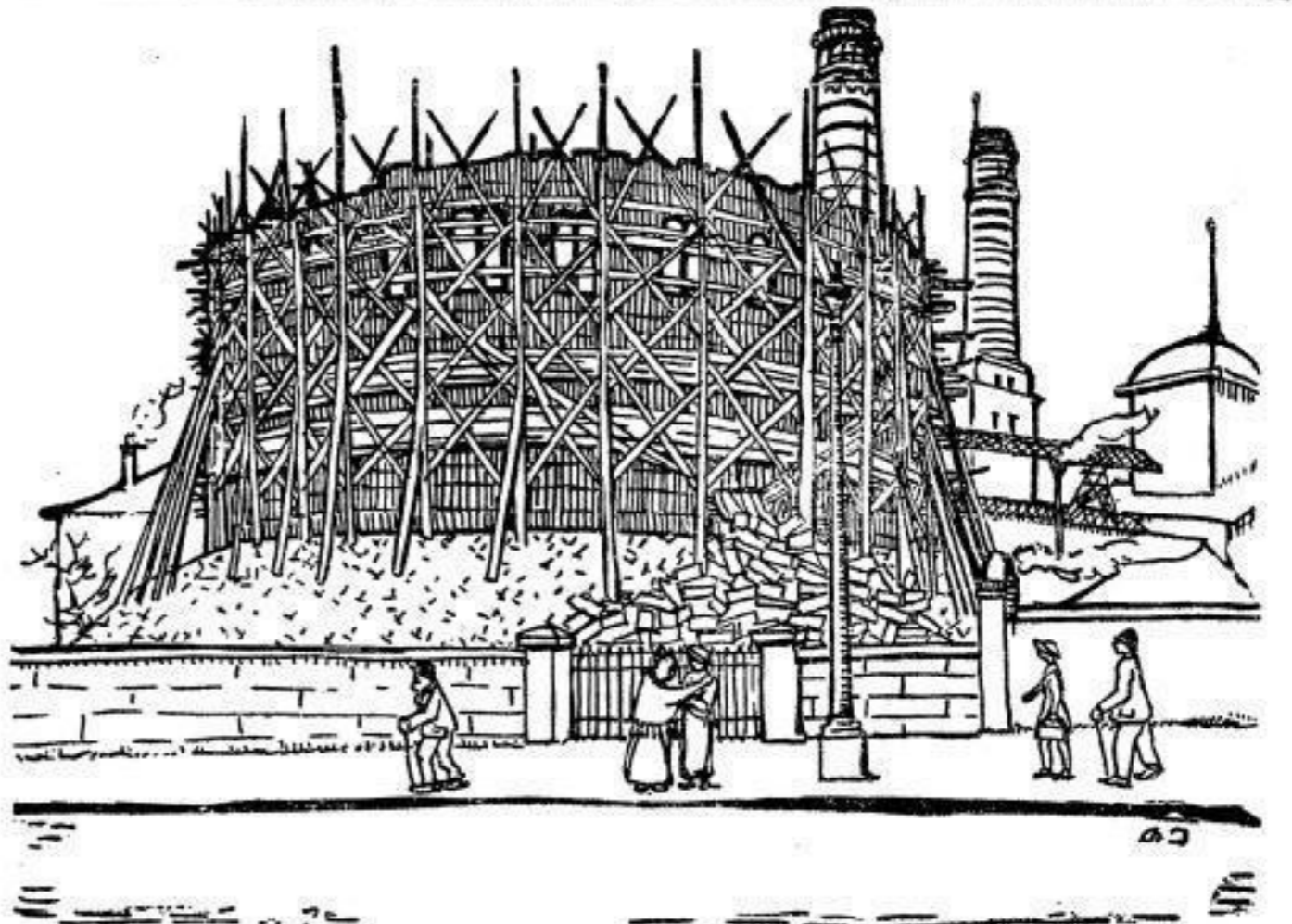
Neben diesen Tatsachen ist es von untergeordneter Bedeutung, daß die „einer freieren und unbeschränkteren Lebensauffassung huldgebende“ andre Lehrerin nicht eine Klassenlehrerin, sondern eben eine andere Lehrerin war.

Etwas anderes aber wird das Schulamt interessieren. Diese Klassenlehrerin, ein Kautschuk-Krause, scheint nicht nur erde, sondern auch sehr nervös zu sein. Sie hat den Kindern verboten, während des Badens zu sprechen. Als kürzlich einige Kinder doch sprachen, hat sie das Baden sofort abbrechen lassen und alle Kinder, wie sie waren, eingesperrt und ohne sich noch abwaschen zu dürfen, sich anziehen lassen und nach Hause geschickt.

Das Schulamt wird also diese Angelegenheit doch noch genauer erörtern müssen, und es wird nicht nur den Schulleiter, der nach den neuen Verhältnissen recht schlecht anzupassen weiß, befragen dürfen, sondern auch einmal die Elternschaft hören müssen, die wegen dieser Klassenlehrerin schon mehrmals erregt gewesen ist.

Probeabstimmung und Arbeiterschaft

In der Freitagnummer unseres Blattes befand sich im Anzeiger unter der Ueberschrift „Probeabstimmung“ ein großer Aufsatz von dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten und vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Dresden-K., unterzeichneten Aufsatz, der sich gegen die Veranstaltung von Probeabstimmungen über die Frage des Alkoholabschlags wendet. Dieser Aufsatz hat die Redaktion der Dresdner Volkszeitung bereits mehrere Protestschreibungen eingebracht. Wie wollen zunächst feststellen, daß die Redaktion mit dem Aufsatz nicht zu tun hat und erst nach seinem Erscheinen von ihm Kenntnis erlangte. Der Aufsatz stimmt wortlich



Das „Dresdner Kolosseum“

Der Gasbehälter an der Ecke der Kömmerly- und Wettinerstraße wird gegenwärtig abgebrochen. Bis gegen Ende des vorigen Jahres hat er als Gasbehälter gedient. Nun muß er den geplanten Erweiterungsbauten des dortigen Elektrizitätswerks Platz machen. Die Gasglocke ist schon herausgerissen. Gegenwärtig wird das massive, aus Sandsteinquadern erbaute Mauerwerk abgebrochen. Die Quadern werden auf den auf der

Zeichnung erkennlichen Rutschen herunterbefördert und landen unten unter großem Gepolter auf dem Steinhaufen. In seinem jetzigen Zustand ähnelt der Bau einem riesigen Kolosseum, und nicht lange mehr wird es brennen, bis er ganz verschwunden ist. Der Gasbehälter wurde 1888 erbaut, zu einer Zeit also, wo man noch weitenfremde Architekturfürmen auf technische Hochbauten übertrug und einem Gasbehälter die äußere Form einer Stierkampfarena gab. Er war 35 Meter hoch, maß 21 Meter im Durchmesser der Gasglocke und 25 Meter im Durchmesser des Mauerwerkes und faßte 11.000 Kubikmeter Gas.

Überhlein mit einer in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Kundgebung, die aber dort nicht von den genannten Gewerkschaften, sondern vom Reichsausschuß zur Bekämpfung des Gemeindefeststellungsrechtes unterzeichnet ist, eine Körperlichkeit, die in der Hauptsache aus Vertretern des Alkoholkapitals zu bestehen scheint. Das beweist, daß dieser Aufbruch in Wirklichkeit nicht von den Gewerkschaften ausgeht, sondern vom Alkoholkapital. Es ist bedauerlich, daß hier zwei Gewerkschaften ihren guten Namen für eine Aktion des Alkoholkapitals hergeben. Sie haben damit den Versuch unternommen, unsere Lesern zu verblenden, vor eigentümlich der Rede dieser Kundgebung ist. Zudem ist der Wortlaut des Auftrags so gehalten, daß es nicht beabsichtigt ist, wie eine freie Gewerkschaft ihren Namen darunter setzen kann.

Gegen die Probeabstimmungen wird u. a. angeführt, daß durch sie die Parteileidenschaften aufgeweckt werden. Das meint fürchtet man sich innerhalb der Arbeiterschaft vor der Aufspaltung der „Parteileidenschaften“. Haben sich die Gewerkschaften, die das Infanat untergeordnet haben, nicht überlegt, daß hier eine der üblichen bürgerlichen Redensarten angewandt wird, die man sehr oft auch gebraucht, wenn man Arbeiterforderungen beschließen will?

Nebrigens hätten Gewerkschaften die hier vorliegende Kundgebung des Alkoholkapitals, die in ihrer Tendenz gegen das Gemeindefeststellungsrecht gerichtet ist, schon deshalb nicht unterstützen dürfen, weil sie die ganze Sozialdemokratische Partei im Voraus für das Gemeindefeststellungsrecht eingeleitet hat. Auch die Vertreter der in Frage kommenden Gewerkschaften dürfen anerkennen, daß es ihre Pflicht ist, ein Zugestehen nicht zu unterlassen, das eine Durchbrechung einer politischen Aktion der Sozialdemokratischen Partei bezweckt. Sie würden viel besser tun, wenn sie ihre Mitglieder darüber aufklären, daß im allgemeinen die Angestellten und Arbeiter des Alkohols- und Kapitalhaushaltendes von dem Gemeindefeststellungsrecht eine Gefährdung ihrer Existenz nicht zu befürchten brauchen; hat sich doch gerade in Amerika, dem Lande, das uns als abweichendes Beispiel hingestellt wird, gezeigt, daß die Unternehmungen, die früher der Alkoholverteilung gewidmet waren, verhältnismäßig leicht umgestellt werden konnten, und daß heute mehr Arbeiter in diesen Betrieben beschäftigt werden als früher.

Lektion im Anzeiger-Lesen

Das Lesen des Dresdner Anzeigers ist durchaus keine einfache Sache. Es setzt eine ziemliche Reifung zur Deutung unklarer Sätze, gebrochener Sätze, verwickelter Konstruktionen und einem entwickelten Sinn für Gedankenformen voraus. Erst mit Hilfe dieser Talente kann man allmählich dahinterkommen, welcher Standpunkt jeweils im Anzeiger vertreten werden soll. Einiger Mangel aber in der Entwicklung der bewußten Fähigkeiten lassen sich durch anhaltende Übungen beheben. Für den Fall des Bedürfnisses gehen wir hier mit einer entsprechenden Anleitung zum Hand-Verfahren Nr. 1. Will der Dresdner Anzeiger zum Ausdruck bringen, daß ihm die beabsichtigte Umbenennung des Anzeigerplatzes in Berlin in einem Maß der Republik gar nicht nach dem Herzen ist, so sagt er dies vielleicht nicht unmittelbar. Er läßt sich vielmehr aus Berlin drücken, was die Deutsche Allgemeine Zeitung zu der ihr sehr fatalen Abkehr von Berliner Stadtverordneten meint. Die D.A.Z. aber spricht von einer „dornigen Wilderfüllung“, die weder dem inneren Frieden, noch der Vernunft, am allerwenigsten aber der Republik diene. ... Besonders peinlich sei es, daß die Demokraten sich zu einer so hohen und hohlköpfigen Demonstration hergeben hätten. ... Wer nun die richtige Lösung im Lesen des Dresdner Anzeigers erlangen will, vermag außerdem zu erorten, was man sich bei der kommentarlosen Wiederholung der D.A.Z.-Rede in der Zeitung Straße gedacht hat.

Lektion Nr. 2. Hat der Dresdner Anzeiger die Ansicht, jene Gemeinde darüber zu informieren, daß im Antisemitismus behauptet wurde, der „Hochprediger“ Dr. Vogel in Potsdam habe in einem Gottesdienst zum Geburtstag des ehemaligen Kaisers von der Kanzel gesagt, wer nicht fähig genug sei, wäre ein Lump. — so erteilt der Anzeiger zugleich dem Generalsuperintendenten D. Tivelsius das Wort und läßt ihn „feststellen“, daß die angeführten Worte laut stenographischer Aufzeichnung nicht gefallen sind und daß es sich überhaupt nicht um einen öffentlichen Gottesdienst gehandelt habe. ... Die Geistlichen sind verpflichtet, so erklärt der Generalsuperintendent, das Evangelium so zu verkünden, daß jeder ... sich dieses Evangelium zu eigen machen kann, zu welcher politischen Richtung er auch gehört. ... Das nicht geschieht, wird die Kirchenleitung eingreifen, aber Subkellern im Gottesdienst kann sie nicht dulden ... für Spitzel bin ich nicht zu sprechen. Die höchste ursprüngliche Meinung des Generalsuperintendenten überschreibt der Anzeiger mit Hirtdirekt kommen Jugendausschuß: Spitzeln im Gottesdienst.

Lektion Nr. 3. Bedauert der Dresdner Anzeiger auch einmal

seinen Standpunkt in der Kirchenaustrittsbewegung zwar nicht zu präzisieren, sondern eher nur anzudeuten, dann drückt er eine Predigt des „Hochpredigers“ Kehler ab, die nach dem Ablesen einer Gottesdienstbesprechung der Kirche am Sonntag folgendenmorgen abgelesen wurde: „Wohnte nach diesen dürren Zeiten, nach diesen Zeiten des Abfalls und der Gleichgültigkeit für unser deutsches Volk und für unsere evangelische Kirche ein wirklicher Pfingsttag kommen und der Abfall sich wenden in einen Sieg unserer Kirche über die Menschenbergen. Was ist es, das uns diesen Pfingsttag erschaffen läßt? (Amen?) Die Treue Gottes, die auch den abgewandenen Bräutigam nicht aufgibt, und die Treue seiner Jünger, die es nicht lassen können, zu reden von allem, was sie gesehen und erlebt haben.“ Der Anzeiger selbst sagt nicht, was eigentlich gesehen und erlebt wurde. Doch diejenigen, die der Kirche den Rücken kehren, können sich hier auch ohne den Verlust des Anzeigers aus. Bei diesen Reden soll es für diesmal sein Bewenden haben. Ginge es nur noch auf die gelegentlichen Fingern des Anzeigerjules, die die deutsche Sprache zu vernachlässigen suchen. Da wird zum Beispiel durch ein nicht näher verratenes Mitglied ein Vortrag der Deutschen Kolonialgesellschaft, der sich verständlich die Wohnung enthält, den kolonialen Gedanken lebendig zu erhalten, mit vielen feierlichen Lichtbildern „gewürzt“. Im Januar kommt ein Kapitän Kirche zu Worte, der in Schlüssel um die Erde schwimmen will, um „die Kriegsgeschichte zu gestalten“. Der auf das Ausland losgelassene Mann, vom Dresdner Anzeiger durchaus ernst genommen, ist mit belästigenden Kurza von Hamburg ab- und in braunem Mantel davongezogen und bezeichnet nun im ersten Reisebericht, hierlich mit vollem Recht, seinen Stopp als eine Sokosnuss, die im betriebsplage, damit er seinen Artikel herausbekomme.

Raufmannsgericht

Selbstmordversuch als Entlassungsgrund

Ein junger Mann von 18 Jahren, der in einem Engroßgeschäft tätig war, machte eines Tages aus unglücklicher Liebe einen Selbstmordversuch während der Geschäftszeit. Er wurde im Krankenhaus gebracht, aber nach fünf Tagen als geheilt wieder entlassen. Als er aber seinen Posten im Geschäft wieder antreten wollte, wurde ihm gesagt, daß er freilich entlassen sei. Durch den Versuch, sich das Leben zu nehmen, habe er den Willen kundgegeben, seine Stellung aufzugeben. Der junge Mann klagte nun beim Kaufmannsgericht sein Gehalt bis zum Ablauf der gesetzlichen Erwidlungsfrist ein. Die Witze machte außer dem erwähnten Erwidlungsrecht noch den Anspruch geltend, daß durch den Selbstmordversuch des Klägers infolge des entlassenen Auftrags und der Aufregung des Geschäft geschädigt wurde, außerdem sei es nicht sicher, daß der Kläger den Versuch nicht wiederholen werde. Der Verhandlungsrichter des Klägers erachtete das Gericht, vor allem das seitliche Moment zu berücksichtigen. In so jungen Jahren sei jeder Mensch empfindlich für Enttäuschungen. Der junge Mann sei enttäuscht über seine Tat aus dem Krankenhaus gekommen und habe nun gleich die zweite Entlassung erlitten, daß er stillenlos sei. Die seitliche Entlassung sei eine zu harte Strafe für den jungen Menschen, der im Augenblick der Tat seiner Sinne nicht mehr Herr war. Das Gericht ließ sich in seiner Entscheidung von diesen Ausführungen leiten und verurteilte die Firma zur Zahlung des eingeklagten Betrags.

Kreditbetrug

Eine Reihe von Betrugsfällen verübte im Oktober und November vergangenen Jahres der am 10. Oktober 1901 in Tschelaboren chemische Schlosser und spätere Reisende Ulrich Alfred Raatikka. Er ist trotz seiner Jugend bereits neunmal wegen Eigentumsvergehens bestraft. Am 2. Oktober sprach Raatikka in einem Teilnahmegericht vor und erstand auf Anordnung eines Anzuges im Werte von 75 M. Die Anklage wurde mit 20 M. gestrichelt, und damit hatte es dann sein Bewenden. Die Firma blieb geschädigt, denn Raatikka hat den Anzug weiterveräußert. Am 10. Oktober erwarb Raatikka ein neues Gehirad. Der Kaufpreis wurde mit 100 M. festgesetzt, die Anzahlung betrug 30 M. Das Rad gelangte in den Besitz eines 24 Jahre alten Elektrikanten, der mit Raatikka bekanntgeworden war und diesem die 30 M. Anzahlung erstattete. Der Monteur gab die Empfangsbescheinigung nach 20 M. und glaubte damit alle Forderungen für den ansehnlichen Wertgegenstand des Raatikka erfüllt. Auf die gleiche Weise erhielt der Monteur am 21. Oktober ein zweites Gehirad. Das Raatikka ebenfalls auf Teilzahlung anschaffte. Am folgenden Tag hatte Raatikka einen Gerichtstermin am Mannheimer Platz mit der Beurteilung zu vier Monaten Gefängnis erlitten. Das neue elektrische Strahlrohr war am Verhandlungstage noch nicht bekannt. Wieder am folgenden Tage stellte der eben erst wegen Betrugsurteile ein heftiges Wadenwunden aus einem Spitzel im Werte von 25 M. Auf den Platz der seitdem verhafteten

Öffentliche Sitzung
 des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft
 Dresden im Saal des Stadtschlosses am Freitag den 12. Februar
 1926, vorm. 12 Uhr, im Sitzungssaal der
 Amtshauptmannschaft (2. Stock) statt. Die Tages-
 ordnung hängt am Aushangzettel im amtshaupt-
 mannschaftlichen Dienstgebäude aus.
 Dresden, am 6. Februar 1926.
 Die Amtshauptmannschaft.

Starkes Spezial-Kurbade- u. Quarzlicht-Anstalt
 für Hydro- und Elektrotherapie, Massage- und
 Heilgymnastik, Diathermie-Behandlung
 Dresden-N. Hauptstr. 21, I.
 Telefon-Au- 2552
 Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr.
 An allen Krankenkassen zugelassen 1729

CAPITOL
 PRAGER STRASSE 31

DIE
 AUS ERSTER
EHE

EINE DORFTRAGÖDIE AUS DEN SCHWEIZER BERGEN

HAUPTDARSTELLER:
DER 12 JÄHRIGE
JEAN FOREST

VORHER:
DEUTSCHE SCHIFFE IN NOT
 DAS RETTUNGSWERK DER „HESSEN“.

4 | 7 | 9
 JUGENDLICHE HABEN ZUTRITT

M-S Lichtspiele
 Moritzstraße 10 Moritzstraße 10

Ab Dienstag!

Ein regietechnisches Meisterwerk,
 ein kinematographischer Triumph
 ist die neue große

Fox-Tragödie

7 Akte nach dem Roman
Wenn der Winter kommt

Ein wildbewegtes Drama von Liebe und Haß, von Eifersucht
 und Verblendung, von Niedertracht und Hochherzigkeit. Ein
 typisches Bild englischen Gesellschaftslebens, hinreißend
 durch die Wucht seiner Handlung, blendend durch die
 Pracht seiner Bilder

Außerdem:

Zwei der besten amerikanischen Fox-Komödien

Dodo als Sportlehrer
 2 Akte! 2 Akte!

Bubi als Rennfahrer
 2 Akte! 2 Akte!

Fox-Journal
 1 Akt! 1 Akt!

Täglich Beginn 4, Sonntags 3 Uhr.

SARRASANI
 Telefon 17240, 22543 Tagl. 7.30 Uhr
 Heute Montag:

Entscheidung
 im Crown-Wettspiel. Bis Samstag hatten:
 Wheel o' Maciel - 14379 Stimmen
 Die 3 Nibbes - 12829 Stimmen
 Wer gewinnt? Heute Entscheidung!

Außerdem:
 Die Schach der Schönheit mit
 Forca-Faosa
 Francesco macht wieder das
 Todesgericht
 Die Adlens
 La Beral, Phantasia d. Glanzes
 Die Kango-Löwen

Telephon 14380
ymians
halla-Theater
egernseer Bauern
 Ludwig Thoma-Woche
I. Klasse
 Schläger von Ludwig Thoma
Die kleinen Beamten
 Lachstürme loben
 Vorverkauf: 10 bis 6 Uhr im T.T.T.
 Abends Vorzugskarten gültig. (1729)

Gunnersdorf bei Schönfeld

Beteilungen auf die Dresdner Volkszeitung
 auf sämtliche Parteiliteratur und
 sowie Annahme von Anzeigen beim
 Volportier Paul Wenzel, Langebrück
 Müller-Weiden-Str. 12, II

Kristall-Palast
 Linien 19, 22, 2

Mittwoch den 10. Februar 1926
Urfideler
öffentl. Maskenball
 Einlaß 7 1/2 Uhr. Ende 3 Uhr.

In jedes Arbeiterheim die Volkszeitung

Soeben erschienen:
Ph. Scheidemann
 Dr. h. N.

Fürsten-Sabgier
 Die Forderungen der Fürsten
 an das notleidende Volk

Preis 30 Pf.

Scheidemann schildert in der ihm eigenen knappen und
 gerade deshalb so anschaulichen Weise die brennendste
 Frage dieser Tage.

Su haben in der
 Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
 und ihren Filialen.

Stoffen und
GEG

Unübertroffen
 in der
 Güte

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT
DEUTSCHER CONSUMEREINE
HAMBURG

Makkaroni, allerfeinste, lose Pfd. 60 ¢	Eierschnittnudeln Paket 72, 36 ¢
Makkaroni, allerfeinste, Paket 64, 32 ¢	Fadennudeln, lose Pfd. 48 ¢
Eiermakkaroni Paket 72, 36 ¢	Fadennudeln Paket 56, 28 ¢
Makkaronihendchen Pfd. 60 ¢	Eierfadennudeln Paket 80, 40 ¢
Schnittnudeln Ia, lose Pfd. 44 ¢	Figurnudeln, lose 44 ¢
Gemäßenudeln Paket 52, 26 ¢	Teiggruppen, lose Pfd. 44 ¢
Eier-Schleifchen, lose Pfd. 72 ¢	Teiggruppen Paket 26 ¢

Konsumverein
Vorwärts
 Warenabgabe nur an Mitglieder